

Betrugsanzeige gegen Geschäftsführerin der „Anonymen Österreichischen Frauenhäuser“

Frauenhäuser im Zwielflicht

Von Werner Grotte

■ Hat Chefin Anrufe bei „Frauenhelpline“ vermehrt?

■ Es geht um öffentliche Förderungen von 300.000 Euro.

Wien. Österreichs Frauenhäuser geraten ins Zwielflicht: Nach jüngsten Seriententlassungen im Frauenhaus Kapfenberg samt Vertragsaufkündigung durch die steirische Landesregierung - die "Wiener Zeitung" berichtete - wird auch der Dachverband-Verein „Autonome Österreichische Frauenhäuser“ (AÖF) in Wien von schweren Vorwürfen erschüttert:

Gegen AÖF-Geschäftsführerin Maria Rösslhuber, 47, wird nach einer Anzeige des Frauenministeriums wegen Verdacht des Betruges ermittelt. Im Raum steht der Vorwurf, Rösslhuber habe Statistiken verfälscht, um sich öffentliche Subventionen für den Verein zu sichern. Die Beschuldigte selbst weist alle Vorwürfe zurück. Es gilt die Unschuldsumutung. Zur Vorgeschichte: Im April dieses Jahres wurden der „Wiener Zeitung“-Redaktion Unterlagen betreffend das AÖF-Notruf-Telefonenservice „Frauenhelpline gegen Männergewalt“ übergeben. Dieses Service, das Frauen in Notlagen telefonischen Beistand geben soll, wird durch Förderungen aus Steuermitteln ermöglicht. Wie aus den der Redaktion zugegangenen Schriftstücken hervorgeht, soll Rösslhuber die Zahl der Anrufe angeblicher Gewaltopfer und Vermittlung solcher über die Helpline an die AÖF-Frauenhäuser durch nachträgliche Manipulationen vermehrt haben.

Dokumentiert wird dies durch Datenbankausdrucke sowie durch ein internes Teamprotokoll einer Sitzung der Helpline vom 5. April 2006. Beides liegt der "Wiener Zeitung" vor.

Demnach haben in dieser Sitzung sechs der zehn Helpline-Mitarbeiterinnen ihre Chefin Rösslhuber damit konfrontiert, "Manipulationen in der Datenbank" bemerkt zu haben: "Anfangs waren wir verwirrt, dann haben wir festgestellt, dass von uns elektronisch dokumentierte Fälle verdoppelt und vermehrfacht wurden. Maria (Rösslhuber, Anm.) meint, dass sie Fälle (300 für 2005 und 1000 für 2004) mehrfach angeklückt hat, damit die Statistik aufgepeppt wird . . . sechs Anrufe zum Gewaltthema, wie sie tatsächlich durchschnittlich die Helpline in 24 Stunden erreichen, seien zuwenig. Dies kann gegen-

Frau Gewalt", behauptete Rösslhuber in Aussendungen und Artikeln. "Wir können uns nur auf Schätzungen stützen", gibt sie aber zumindest zu.

In der via Austria Presse Agentur an alle Medien ausgesandten "Gewaltstatistik" der AÖF vom 11. April 2006 ist von "3256 Frauen und Kindern, die im Vorjahr Schutz und Unterkunft in 25 Frauenhäusern gefunden haben," die Rede. In „Salzburger Nachrichten“ und „Presse“ vom 10. Juli ist plötzlich seitens der AÖF nur noch von 1600 Frauen und Kindern für den gleichen Zeitraum die Rede.

In einem Bericht über die Helpline in der „Wiener Zei-

nommen Anrufe von Frauen betreffen „konkrete Anliegen“, der Rest sind Anrufe von Kindern, Schweigern, Sex-Belästigern oder anderen. „Bei etwa 8 Prozent (659) der Anrufe waren akute Gewaltsituationen oder schwere Krisen der Grund für einen Anruf bei der Frauenhelpline“, heißt es schließlich im Text - das sind nur noch weniger als zwei pro Tag.

Zur Anzeige verpflichtet

Die „Wiener Zeitung“ konfrontierte bei ihren Recherchen im Mai das Büro der Frauenministerin Maria Rauch-Kallat (ÖVP) mit den Unterlagen und bat um Stellungnahme. Neben dem So-

lung bekannt ... so ist sie zur Anzeige an eine Sicherheitsbehörde verpflichtet“.

Die Staatsanwaltschaft Wien betraute die Wirtschaftspolizei mit den Ermittlungen, die im November abgeschlossen sein sollen: „Bereicherungsvorwürfe im Sozialwesen werten wir aufgrund der Imageschäden für andere, ehrliche Organisationen besonders schwer“, betont dazu Staatsanwaltschafts-Sprecher Gerhard Jarosch.

„Unwahre Tatsachen“

Rösslhubers Anwältin weist in einem Brief an die „Wiener Zeitung“ „jeden Vorwurf betrügerischen Verhaltens auf das Schärfste zurück“. Und: Meine Mandantin ist nicht veranlasst, ihnen gegenüber Fragen zu beantworten, welche sie nicht ohnedies aus dem im Internet veröffentlichten Jahresbericht 2005 entnehmen können.“ In dem Anwaltsbrief ist nun von „13.730 insgesamt entgegen- genommenen Anrufen im Jahr 2005“ die Rede - um 2990 weniger, als im Jahresbericht aufscheinen.

Der „Wiener Zeitung“ wird schließlich „Unterbindung von Veröffentlichungen“ empfohlen, „da die Behauptung unwahrer Tatsachen für den Verein nicht absehbare nachteilige Folgen nach sich ziehen kann“. Schließlich wird sogar der „dringende Verdacht“ geäußert, „eine Mitarbeiterin der Helpline“ und ein „WZ“-Redakteur hätten "ein falsches Teamsitzungsprotokoll in verleumdender Weise" an das Bundesministerium weitergeleitet.

Realer Hintergrund für das Trachten nach möglichst vielen Anrufern (und damit Fördergeldern) ist die inflationäre Entwicklung solcher Notruftelefone in Österreich: Derzeit gibt es bundesweit bereits neun, im Raume Wien fünf und in anderen Bundesländern weitere fünf regionale ähnliche Notrufe, die um die gleiche Klientel wie die Helpline bemüht sind.



über dem Bundesministerium nicht argumentiert werden ...", heißt es unter anderem in dem Schriftstück. Die Mitarbeiterinnen distanzieren sich darin ausdrücklich von dieser Vorgangsweise.

Unterschiedliche Zahlen

Angeblich zunehmende Männergewalt wird seitens der AÖF in den Medien gerne, aber sehr unterschiedlich kolportiert: „In Österreich erlebt jede 5. bis 10.

„100 Frauen eine Gewalttat“ am 10. Dezember 2005 werden „88 Anrufe pro Tag“ bei der bundesweit kostenlos anwählbaren Notrufnummer (0800/222555) erwähnt. (Quelle: Jahresbericht 2004). Im Jahresbericht 2005 der Helpline im Internet werden 16.720 entgegengenommenen Anrufe vermeldet - das sind nun aber 46 Anrufe pro Tag. Worum es in den Anrufen bei der Helpline geht, wird auch erklärt: Nur 36 Prozent der entgegenge-

nommenen Anrufe von Frauen betreffen „konkrete Anliegen“, der Rest sind Anrufe von Kindern, Schweigern, Sex-Belästigern oder anderen. „Bei etwa 8 Prozent (659) der Anrufe waren akute Gewaltsituationen oder schwere Krisen der Grund für einen Anruf bei der Frauenhelpline“, heißt es schließlich im Text - das sind nur noch weniger als zwei pro Tag.